

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung
des Petitionsausschusses
am 3. Dezember 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Eingaben 01028/89/19, 01162/89/19, 01197/89/19, 01223/89/19, 01235/89/19,
01258/89/19

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
11. Abg. Christian Frölich (CDU)
12. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
13. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)
14. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich,
Regierungsoberamtsrat Gutzler,
Regierungsrat Weigel.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 14:45 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) begrüßt Abg. Baatzsch als neues Mitglied im Ausschuss und teilt mit, er folge auf die Abg. Hillberg und übernehme auch die Funktion als Berichterstatter für die Eingaben, die sie zuvor als Berichterstatterin betreut habe.

Tagesordnung:

Eingaben

Eingabe 01028/89/19

LandesAStenKonferenz Niedersachsen

Anton Hensky, 38106 Braunschweig

Betr. Maßnahmen zur Entlastung von Studierenden in Niedersachsen

Berichterstatterin Abg. **Annette Schütze** (SPD) erinnert an die öffentliche Anhörung zu dieser Petition in der 33. Sitzung am 11. Juni 2025. Auch dabei sei herausgearbeitet worden, dass mit der Eingabe im Wesentlichen drei Ziele verfolgt würden, weshalb sie am 27. November 2025 per E-Mail einen differenzierten Beschlussvorschlag unterbreite habe. Vor diesem Hintergrund plädiere sie für einen entsprechend differenzierten Beschlussvorschlag, der im Kern „Berücksichtigung“, „Erwägung“ sowie „Sach- und Rechtslage“ umfasse.

Zum Niedersachsen-Menü werde „Berücksichtigung“ empfohlen, zumal die politische Liste bereits einen Finanzierungsvorschlag dazu enthalte. Bezüglich der psychosozialen Beratung werde ein studienbezogener Bedarf gesehen; deswegen „Erwägung“. Hinsichtlich der Verwaltungskostenpauschale werde „Sach- und Rechtslage“ empfohlen.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) sagt, wie sie soeben feststelle, habe sie diese E-Mail erhalten, aber aufgrund eines Schreibfehlers im Betreff nicht zuordnen können, sodass sie diese weder bearbeitet noch weitergeleitet habe. Ihre Fraktion habe diesen Beschlussvorschlag also noch nicht zur Kenntnis erhalten und auch nicht beraten. Sie liest deshalb den Beschlussvorschlag vor:

„Der Landtag sieht die wachsenden finanziellen Herausforderungen, denen viele Studierende in Niedersachsen gegenüberstehen. Die Eingabe wird der Landesregierung im Hinblick auf die Forderung zur Verlängerung des sog. ‚Niedersachsen-Menüs‘ zur Berücksichtigung überwiesen. In Bezug auf die Forderung des Ausbaus des Angebots von niedrigschwelligen psychosozialen Beratungsstellen übersendet der Landtag die Eingabe der Landesregierung zur Erwägung. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Hilfen nur im Hinblick auf alters- und studienbedingte Problemlagen der Studierenden beziehen können (Studienorganisation, Prüfungsangst, Ablösung vom Elternhaus etc.) und nicht auf die Behandlung von psychischen Erkrankungen. Im Übrigen sind die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu informieren.“

Abg. **Christian Frölich** (CDU) plädiert dafür, am Beschlussvorschlag von Berichterstatter Dr. von Danwitz - „Sach- und Rechtslage“ - festzuhalten.

Abg. **Holger Kühnlenz** (AfD) kritisiert, dass er nicht in den Verteiler dieser E-Mail aufgenommen worden sei, sodass er sich nicht auf diesen Beschlussvorschlag habe vorbereiten können.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) schlägt vor, über diese Petition abschließend in der nächsten Sitzung zu beraten, wenn auch die beiden Oppositionsfraktionen diesen Beschlussvorschlag hätten prüfen können.

Berichterstatterin Abg. **Annette Schütze** (SPD) erklärt, der Verteiler für diese E-Mail sei bewusst mit dem vorliegenden Adressatenumfang gewählt worden. Wenn die CDU-Fraktion aufgrund des Fehlers im E-Mail-Betreff um eine Vertagung bitte, werde sie diesen Vorschlag unterstützen. Aber da Abg. Frölich bereits signalisiert habe, bei „Sach- und Rechtslage“ zu bleiben, erscheine auch eine heutige Abstimmung möglich.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) erklärt, aus der Sicht ihrer Fraktion könne nun abgestimmt werden. Sie erhalte den Beschlussvorschlag von Berichterstatter Dr. von Danwitz aufrecht.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) lässt zunächst über die weiter gehende Beschlussempfehlung abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den von Berichterstatterin Schütze eingebrachten und von Abg. Bode verlesenen Beschlussvorschlag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

(Die Landtagsverwaltung weist darauf hin, dass die vorliegende Eingabe gemäß § 53 der Geschäftsordnung des Landtages aufgrund des Votums „Berücksichtigung“ vor der abschließenden Beratung im Plenum dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgelegt werden muss, soweit die Berücksichtigung des Anliegens finanzielle Auswirkungen hat.)

Eingabe 01162/89/19

Thomas Lang, 21224 Rosengarten

Betr. Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

Berichterstatter Abg. **Marten Gäde** (SPD) erinnert an die öffentliche Anhörung in der 42. Sitzung am 1. Oktober 2025, in der der Ausbau der erneuerbaren Energien unter den verschiedensten Aspekten betrachtet worden sei und in der ein deutliches Petitum formuliert worden sei. Das MU habe anschließend dargestellt, aus welchen Gründen das Land an den Planungen und Ausbauzielen festhalten sollte. Er schlägt vor, den Einsender der Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Berichterstatter Abg. **Jan Bauer** (CDU) bekräftigt den Beschlussvorschlag seiner Fraktion, „Erwägung“; denn damit werde

„der Landesregierung empfohlen, in eine weitere nochmalige Prüfung der Angelegenheit einzutreten und ggf. bisher nicht berücksichtigte Tatsachen oder Gesichtspunkte in ihre Überlegung einzubeziehen.“

Der Petent habe eine Reihe bedenkenswerter Argumente vorgetragen, die durchaus zu mehreren Vorschlägen seiner Fraktion zur Steuerung des Windkraftausbaus passten, so zum Flächentausch von Windenergiestandorten; denn die Leistungsziele sollten bestimmend sein, nicht unbedingt die Flächenziele. Von daher erscheine der Inhalt der Petition erwägenswert, wohingegen er die Formulierung der Petitionsüberschrift mit „Stopp“ kritisiere. Keinesfalls, betont der

Berichterstatter, werde mit diesem Beschlussvorschlag auf eine grundsätzliche Diskussion pro und contra Windkraft abgezielt.

Nachdem der **Ausschuss** den Beschlussvorschlag „Erwägung“ mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der AfD abgelehnt hat, empfiehlt er dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender der Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Eingabe 01197/89/19

Bianca Harms, 30627 Hannover

Betr. Niedersächsisches Gesetz über die Feiertage (NFeiertagsG); Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages (hier: Weltkindertag am 20. September)

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01223/89/19

WBI Wintermoorer Bahnhofsinitiative

Peter Degen, 29640 Schneverdingen

Betr. Situation des Zugverkehrs zwischen Hannover und Buchholz in der Nordheide (Heidebahn)

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) dankt dem Petenten und den Unterstützern für diese Eingabe, der auch eine allgemeine Bedeutung zukomme, weil bei vielen Nahverkehrsbetrieben eine nicht zufriedenstellende Situation bestehe; so komme es beispielsweise auch auf der Metronomlinie über Uelzen immer wieder zu Problemen.

Vor diesem Hintergrund schlage er vor, zu dieser Eingabe nicht nur „Sach- und Rechtslage“ zu empfehlen, sondern diese auch der Landesregierung als Material zu überweisen. Diese Empfehlung biete sich an, weil das Thema wichtig sei, aber die vom Petenten vorgeschlagenen Maßnahmen nur bedingt in der Verantwortung des Landes lägen. Außerdem werde an dem Thema durch das MW bereits intensiv gearbeitet.

So sei der Bund für die infrastrukturellen Aspekte zuständig. Die infrastrukturbezogenen Unterlassungen des Bundes führten heute zu erheblichen Einschränkungen bei der Betriebsqualität.

Weitere Probleme in den Bereichen Pünktlichkeit und Personal lägen beim Verkehrsunternehmen. Dieses sei zwar vom Land Niedersachsen beauftragt worden, aber es sei auszuschließen, dass kurzfristig ein anderes Verkehrsunternehmen die Erbringung dieser Leistungen übernehmen könne, und auch dieses hätte sich mit denselben Herausforderungen auseinanderzusetzen. Eine schnelle Lösung für das Problem gebe es also nicht.

Die vom Petenten vorgebrachten Lösungsvorschläge seien im Endeffekt nicht geeignet, um die Probleme dauerhaft zu lösen, wie die Stellungnahme zeige.

Abg. **Nicolas Mülbrecht Breer** (GRÜNE) unterstützt diesen Beschlussvorschlag.

Berichterstatterin Abg. **Veronika Bode** (CDU) stimmt zu, mit der Petition werde ein sehr wichtiges Thema umfassend angesprochen - fehlende Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit -, mit dem man sich beschäftigen müsse, und dass die damit verbundenen Probleme nicht kurzfristig gelöst werden könnten. Sie erinnert an vorangegangene Ausführungen von Berichterstatter Abg. Putzier, was unter dem Beschlussvorschlag „Material“ zu verstehen sei, nämlich:

„Der Landesregierung wird anheim gestellt, das Vorbringen des Einsenders/der Einsenderin bei der Ausarbeitung eines einschlägigen Gesetzentwurfs, beim Erlass von Richtlinien oder bei sonstigen Verwaltungsmaßnahmen zu prüfen und ggf. zu verwerten.“

Diese Beschlussempfehlung spiegele nicht die Wichtigkeit des Themas wider. Deshalb bekräftige sie, Frau Bode, ihren Beschlussvorschlag „Erwägung“, womit eine „weitere nochmalige Prüfung der Angelegenheit“, also eine aktive Aufnahme, empfohlen werde. Abg. Weippert und Abg. Zinke hätten sich dahin gehend geäußert, dass die in der Petition angesprochenen Probleme dringend angegangen werden müssten. Insofern werbe sie, Bode, für diesen Beschlussvorschlag.

Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) erwidert mit der Frage, was im Einzelnen „erwogen“ werden solle. Zukünftige Pünktlichkeit sei das erklärte Ziel der Landesregierung, und daran arbeite sie. Die Petition enthalte aber keinen konkreten Vorschlag, der in gesetzgeberisches Handeln übersetzt werden könne. Deswegen erscheine „Erwägung“ ausgeschlossen. Ein viel zu allgemein gehaltenes Petikum wie „Alles soll gut werden! Weltfrieden herstellen!“ helfe nicht weiter, sondern nur konkrete einzelne Maßnahmen. Ein „Macht doch mal was!“ gehe an der Realität vorbei und sei in der Praxis wohl der Opposition vorbehalten. Wenn die Landesregierung aber bereits an dem Thema arbeite - um zum Beispiel für mehr Pünktlichkeit auf der Linie zu sorgen -, dann gebe es letztlich nichts, für das „Erwägung“ noch infrage komme. Bis jetzt bringe die CDU-Fraktion nur Hinweise, die nicht weiterhelfen würden, und generelle Absichtserklärungen nach dem Motto „Es soll pünktlicher werden!“ vor. Insofern verweise er auf die Stellungnahme des MW.

Berichterstatterin Abg. **Veronika Bode** (CDU) weist die Argumentation ihres Vorredners zurück und betont, der Petent habe konkrete und ernst zu nehmende Vorschläge unterbreitet. Diesen Vorschlägen sollte aus dem Petitionsausschuss heraus zusätzliches politisches Gewicht verliehen werden. Bei „Material“ reiche es aus, die Vorschläge irgendwann einmal vorzuholen. Mit „Erwägung“ werde die Landesregierung hingegen aufgefordert, aktiv Maßnahmen zu ergreifen.

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) bittet darum, die Vorschläge des Petenten, für die „Erwägung“ geeignet erscheine, zu benennen und mit den Bewertungen in der Stellungnahme abzugleichen. Außerdem zeige der Vorstoß von Berichterstatterin Abg. Bode, dass sie davon überzeugt sei, dass die Landesregierung derzeit nicht genug zur Erreichung von

Pünktlichkeit etc. im SPNV tue. Die Koalitionsfraktionen seien hingegen davon überzeugt, dass die Landesregierung sehr regelmäßig und deutlich zu diesem Thema arbeite, weil die vom Petenten aufgezeigten Probleme zu den Kernherausforderungen des gesamten Nahverkehrsberichts gehörten. Eine weitere Aufforderung an die Landesregierung, sich um diese Probleme zu kümmern, werde die Sache nicht besser machen. Aber dem Petenten über „Erwägung“ zu vermitteln, dass so die Probleme gelöst werden könnten, halte er, Putzier, für fahrlässig.

Abg. **Holger Kühnlenz** (AfD) schließt sich dem Beschlussvorschlag „Erwägung“ an, weil die hier beschriebenen Probleme schon sehr lange bestünden und nicht beseitigt würden. Wer zum Beispiel als Pendler oder Schüler auf die Bahn angewiesen sei und nicht riskieren wolle, zu spät zu kommen, habe zu oft ein großes Problem. Klar sei, dass ein funktionierender SPNV schön sei, aber auf dem Weg dorthin müsse mehr unternommen werden.

Der Petent habe am Beispiel der Heidebahn ausführlich gearbeitet. Vor diesem Hintergrund plädiere er für „Erwägung“.

Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) bittet die Landesregierung in dem von ihm skizzierten Sinne um eine Bewertung der vom Petenten vorgeschlagenen Maßnahmen durch das MW, damit nach einer entsprechenden Diskussion von der Opposition konkreteres als nur „Es muss besser werden!“ komme. In diesem allgemeinen Ziel seien sich wohl alle im Übrigen einig. Erforderlichenfalls könne die Fortsetzung der Beratung auf die nächste Sitzung vertagt werden.

RAR **Demuth** (MW) betont, das MW und die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) arbeiteten intensiv an einer Verbesserung der SPNV-Qualität. Die beschriebenen Probleme seien bereits seit mehreren Jahren bekannt. Den Problemen auf der Heidebahn liege erstens die in der Leistungsfähigkeit limitierte Infrastruktur des Heidekreuzes zugrunde, die mit ihrer weitgehenden Eingleisigkeit nicht mehr ermögliche. Zweitens bestünden im Eisenbahnverkehrsunternehmen Probleme bezüglich des Personals und der Verfügbarkeit der Fahrzeuge.

Das MW und die LNVG seien auf verschiedene Weise aktiv geworden. Die LNVG pönalisieren jeden Verstoß gegen den Verkehrsvertrag, der sich durch Verspätungen oder Zugausfälle ergebe. Allerdings ergäben sich aus den infrastrukturellen Einschränkungen Grenzen für weitere Maßnahmen.

Berichterstatteerin Abg. **Veronika Bode** (CDU) erkundigt sich nach konkreten Maßnahmen, die zu Verbesserungen - mehr Verlässlichkeit, mehr Pünktlichkeit - führen sollten.

RAR **Demuth** (MW) führt aus, seit dem Ende der Sommerferien 2025 - voraussichtlich bis Januar 2026 - erfolge der Verkehr im Heidekreuznetz nach einem zusammen mit dem Eisenbahnverkehrsunternehmen entwickelten Ersatzfahrplan. Dieser führe zu einem planmäßigen Ausfall von Zügen, von denen manche durch Busfahrten ersetzt würden. Damit würden Fahrzeuge frei, sodass diese einer zusätzlichen Wartung unterzogen werden könnten. Das Ziel sei, dass durch die intensivere Wartung die Zahl der technisch bedingten Fahrzeugausfälle stark reduziert werde.

Abg. **Holger Kühnlenz** (AfD) fragt, ob das MW oder die LNVG versucht hätten, ein anderes Unternehmen anzusprechen, damit es den Verkehr auf dem Heidekreuznetz übernehme.

RAR **Demuth** (MW) antwortet, es sei schwierig, das Eisenbahnverkehrsunternehmen vor dem Ablauf des Verkehrsvertrags zu wechseln; kurzfristig sei das faktisch kaum möglich. Deshalb

werde derzeit der Weg zum einen über die Pönalen verfolgt, um das Unternehmen zu bewegen, im Betrieb für mehr Qualität zu sorgen. Zum anderen werde über eine Erhöhung der Wartungsintensität - auch ermöglicht über den Ersatzfahrplan - eine höhere technische Zuverlässigkeit angestrebt. Diese Maßnahmen seien durch die LNVG veranlasst worden.

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) bittet um nähere Informationen zu einer möglichen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur, zum Beispiel über einen zweigleisigen Ausbau.

RAR **Demuth** (MW) erläutert, die Infrastruktur liege in der Zuständigkeit des Bundes bzw. des Infrastrukturunternehmens DB InfraGO. Ihm lägen keine Informationen zu geplanten Investitionen in das Streckennetz des Heidekreuzes vor.

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) fragt, wie schnell ein anderes Eisenbahnverkehrsunternehmen beauftragt werden könne und ob sich damit alle Probleme lösen ließen.

Für eine Neuausschreibung müssten rund zwei Jahre eingeplant werden, sagt RAR **Demuth** (MW). Auch ein Unternehmenswechsel könne also keine Ad-hoc-Lösung herbeiführen. Ein Teil des Problems ergebe sich durch die personelle Situation, die nicht nur in dem betroffenen Unternehmen, sondern in allen Unternehmen dieser Branche angespannt sei. So herrsche zum Beispiel ein Mangel an Triebfahrzeugführern.

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) bittet um eine Bewertung der vier Vorschläge des Petenten durch das MW.

Für eine Bewertung sei es wesentlich, führt RAR **Demuth** (MW) aus, nicht nur den Linienabschnitt Soltau–Buchholz in den Blick zu nehmen, sondern es müssten das gesamte Heidekreuznetz und die benachbarten Streckenabschnitte, in die das Netz eingebettet sei, betrachtet werden.

Erstens zum Vorschlag, einen Zeitpuffer einzuplanen: Aus der Sicht eines Bahnkunden aus der Region Soltau erscheine ein 20-minütiger Aufenthalt in Soltau als Zeitpuffer sicherlich sinnvoll. Allerdings müssten der gesamte Linienvorlauf von Hannover über Soltau nach Buchholz und auch die Taktdichte betrachtet werden. Außerdem müsse der entsprechende Bahnhof die erforderlichen Kapazitäten zur fraglichen Zeit aufweisen. Sollte am Einstudentakt festgehalten werden, müsse die Zugbegegnung in Handeloh erfolgen. Daraus ergebe sich, dass in Soltau kein 20-minütiger Halt eingeplant werden könne. Von dieser Pause wären im Übrigen Reisende in besonderer Weise betroffen, für die Soltau nur ein Durchgangsbahnhof sei; für sie ergäbe sich eine Reisezeitverlängerung um 20 Minuten.

Würde ein solches Angebot doch vorgesehen, müssten mehr Züge beschafft - und damit auch mehr Triebfahrzeugführer, die sehr gesucht seien, und Zugbegleiter - und eingesetzt werden; es sei ungefähr von einer Verdoppelung der Zahl der Züge auszugehen, was auch entsprechende finanzielle Auswirkungen hätte und den Bemühungen, Personalprobleme zu mindern, zuwiderliefe.

In die Richtung dieses Vorschlags weise die Entscheidung, die Zugfahrten um 4:11 und 5:11 Uhr ab Soltau dort - und nicht in Hannover - beginnen zu lassen, sodass das Risiko, im Fahrtverlauf Verspätungen aufzubauen, gemindert werde.

Zweitens zum Vorschlag, die Linie Hannover–Buchholz in Soltau aufzutrennen: Damit ergäbe sich sicherlich ein betrieblicher Vorteil, weil - wenn auch durch den Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge - aufgelaufene Verspätungen kleiner wären und abgebaut werden könnten. Im Grundsatz ergäben sich ähnliche betrieblich-finanzielle Folgen wie beim ersten Vorschlag.

Drittens zum Vorschlag, den Fahrplan so zu gestalten, dass in Buchholz ein Anschluss an die Metronomlinie RE4 hergestellt werde: Würde dieser Vorschlag umgesetzt, ergäben sich negative Folgen in anderen Teilen des Netzes. So würde eine längere Wartezeit in Buchholz notwendig, weshalb wiederum mit dem bestehenden Fahrzeugpark der Einstundentakt nicht aufrechterhalten werden könnte. Außerdem könnten sich Probleme am südlichen Linienende in Hannover Hbf ergeben, der sehr dicht belegt sei.

Viertens zum Vorschlag, die Heidebahn im Berufsverkehr bis nach Hamburg-Harburg durchzubinden: Dieser Vorschlag werde von der Landesregierung unterstützt, und so werde bereits an den Wochenenden verfahren. Aber eine Ausweitung sei nicht möglich, weil die Strecke Buchholz–Harburg nur am Wochenende weniger stark vom Güterverkehr genutzt werde, also weniger stark überlastet sei. Von Montag bis Freitag sei diese Durchbindung derzeit also nicht möglich.

Mit dem zukünftigen Überwerfungsbauwerk Meckelfeld werde sich Anfang der 2030er-Jahre eine Möglichkeit eröffnen, zu einem in dieser Weise verbesserten Angebot zu kommen. Diese infrastrukturelle Verbesserung liege aber in der Hand der DB InfraGO.

Berichterstatter Abg. **Jan Henner Putzier** (SPD) bittet um die Vertagung der abschließenden Beratung über diese Eingabe. Er fordert die CDU-Fraktion nochmals auf, dann konkrete Vorschläge im Sinne von „Erwägung“ vorzulegen.

Bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der AfD vertagt der **Ausschuss** die Beratung auf die nächste Sitzung.

Eingabe 01235/89/19

Laura Hacke, 27243 Harpstedt

Betr. Überprüfung des Biologie-Abiturs 2025 in Niedersachsen

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums der Einsenderin übersandt werden.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01258/89/19

Benjamin Rzepka, 24321 Giekau

Betr. Informationsfreiheitsgesetz / Transparenzgesetz für Niedersachsen

Berichterstatter Abg. **Holger Kühnlenz** (AfD) schließt sich dem Beschlussvorschlag von Bericht-
erstatter Abg. Mülbrecht Breer - „Berücksichtigung sowie Sach- und Rechtslage“ - an.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) schlägt „Sach- und Rechtslage“ vor.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) lässt zunächst über die weiter gehende Beschlussempfehlung
abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Im Übrigen ist der
Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

*(Die Landtagsverwaltung weist darauf hin, dass die vorliegende Eingabe gemäß § 53 der Ge-
schäftsordnung des Landtages aufgrund des Votums „Berücksichtigung“ vor der abschließenden
Beratung im Plenum dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgelegt werden muss, soweit
die Berücksichtigung des Anliegens finanzielle Auswirkungen hat.)*
